

Posener Zeitung.

Nº 30.

Dienstag den 5. Februar.

1850.

Inhalt.

Deutschland. Berlin (Wahl Brandenburg's; Beschwör. d. Verfass. durch d. Stadtbüro; allgem. Amnestie am 6ten; Ehrenbürgert. f. Brandenburg u. Manteuffel; Feierlichkeiten bei d. Verfass. - Bechwörung; Wahlresultate; Kosten d. Revol. Nacht f. d. Commune; Coadjutor für Erzbisch. Przybuski; Neisse; Neusalz (Pr. Adalbert gewählt); Stettin (Casino-Kunsturhaus in Privatbank f. Neuwarpolm.; Fischer-Ordn.); Erfurt (Adalbert gewählt; Proz. Krakau); Köln; Hamburg (Verf. Entw. d. Oberalten; Militaireinverleib); Meiningen (Speckhardt, Candid f. Erfurt; Thüring. Strafgesetzbuch); Altenburg.

Oesterreich. Wien (Hinricht. in Peru).

Frankreich. Paris (Heerschau Changarnier's; unentgeltl. Rechts-pflege f. Arme; Erfahwahlen aufgeschoben; Ultimatum Oester. u. Preus. geg. d. Schweiz; Truppenkommaden; Nat.-Verf.).

England. London (Lage d. Emigranten; Plan z. Ermord. Kossuth's).

Rußland u. Polen (Kutensfabrik).

Portugal. Lissabon (Angriffe gez. Min.-Präs. in d. Bairakamm.).

Türkei (Dosenangel. Stierner's).

Vermischtes

II. K. 94. S. v. 1. Febr.

Locales. Posen; Kurnik; Tiąż.

Musterung poln. Zeitungen

Theater.

Musikalisch.

Anzeigen.

Berlin, den 4. Februar. Se. Majestät der König haben Allergräßt geruhet: Dem Steuer-Einnnehmer Zindel zu Forst, den Roten Adler-Orden vierter Klasse; so wie dem Bahnwärter-Stellvertreter bei der Köln-Mindener Eisenbahn, Rettmeier zu Lohfeld, im Kreise Minden, die Rettungs-Medaille am Bande zu verleihen.

Deutschland.

Berlin, den 1. Febr. Was sagen Sie zu unseren Erfurter Deputirten? Wundern werden Sie sich, daß meine Kandidatenliste nicht genau war; ich bin aber außer Schuld, denn nachdem eine Verständigung zwischen den beiden Fractionen zu Stande gekommen war, und man sich dahin geeinigt hatte, an von Patow festzuhalten, so hätte ich, um mit Graf Renard zu reden, eher des Himmels Einsturz vermutet, als die Wahl eines anderen Kandidaten. Nun, es ist geschehen, und auf der einen Seite ist die Freude groß, auf der anderen klagt man diejenigen an, die den Vermittlungsvorschlag gemacht, im entscheidenden Augenblicke aber zur Partei Brandenburg übergegangen wären. Ich weiß nicht, in wieweit sich die Partei Gagern zu diesem Vorwurf berechtigt fühlt, denn in einem, an den Abgeordneten Geppert gerichteten Schreiben erklärt Herr v. Patow: „er trete von der Kandidatur zurück, sobald der Herr Ministerpräsident sich um dieselbe bewerbe“. Nach dieser Erklärung war meines Dafürhaltens Jedermann der moralischen Verpflichtung enthoben, für Herrn v. Patow zu stimmen. Was man sich übrigens von einer Deputation erzählte, die eigenmächtig zum Ministerpräsidenten gegangen sei und ihm die Kandidatur, in der Erwartung, daß er sie ablehnen würde, angeboten habe, ist durchaus unwahr. Thatssache ist, daß eine von der Fraktion, die im Hotel de France sich versammelte, gewählte Deputation, bestehend aus dem Fürst Radziwill, Herrn v. Meding und Prof. Hensel, sich zum Grafen v. Brandenburg begab, um sich von ihm eine bestimmte Erklärung zu erbitten. Diese Deputation traf ihn jedoch nicht in seinem Hotel; er war bei dem Englischen Gesandten. Dagegen ging Tags darauf ein Schreiben des Herrn Ministers v. Manteuffel bei dem Herrn Geppert ein, worin er anzeigen, daß der Ministerpräsident es sich zur Ehre anrechnen würde, Berlin im Erfurter Parlament zu vertreten. Dies der wahre Hergang der Sache.

Außer dem König, dem Staatsministerium, den Mitgliedern beider Kammer folgen am Mittwoch gleichzeitig unsere Stadtbüroden die Verfassung beschwören. Interessiren wird es Sie, zu hören, daß der Mitarbeiter an der Spen. Btg., Prof. Dr. A. Zimmermann, Lehrer am biesigen Werder, als Abgeordneter für Perleberg nach Erfurt geht. Zimmermann hat das große Verdienst, in der schwierigsten Zeit durch Zeitungsaufschlaf für die gute Sache gekämpft zu haben. In meinem Bericht vom 29. Jan. habe ich in Betreff der Vorstellung des Fürstbischofs eine Erklärung gegeben. Um allen Mißverständnissen entgegenzutreten, bemerke ich nachträglich, daß diese Vorstellung allerdings nicht, wie anderweitig behauptet worden ist, dem Teubund schriftlich zugegangen ist, sondern der Herr Fürstbischof hat sie in Breslau einem Mitgliede des großen Bundesrates mündlich gemacht. Dies führte auch der General v. Hübner, der die Congreßverhandlungen leitete, an; von einem Schreiben war nicht die Rede. Hat also der Artikel in der Neuen Preuß. Zeitung nur die Absicht, Berichten, die von einem Schreiben des Fürstbischofs sprechen, entgegenzutreten, nun, dann habe ich nichts dawider.

Der Beifall, welchen die Vorträge des Rhetor Schramm hier finden, steigt von Tage zu Tage. Wie ich gehört, haben unsere Gymnasial-Directoren an den Cultus-Minister das Gesuch gerichtet, diese Vorlesungen von Zeit zu Zeit wiederkehren lassen zu wollen. Auch an den anderen öffentlichen Anstalten wird Herr S. seine patriotischen und vaterländischen Dichtungen vortragen.

Berlin, den 2. Febr. Am Montag beginnen die Verhandlungen gegen die Steuerverweigerer; die Geschworenen glauben jedoch nicht, daß es zum Spruch kommen werde, indem man hofft, der König werde sämtliche politischen Verbrecher am Mittwoch, wo die Verfassung feierlich beschworen wird, begnadigen. Gut unterrichtete Männer sprechen eine gleiche Vermuthung aus; es scheint also, als wenn das Gericht einer allgemeinen Amnestie auf Wahrheit beruhe. Von welchen Feierlichkeiten die Bechwörung der Verfassung am 6ten, dem Geburtstage des großen Kurfürsten, begleitet sein wird, habe ich noch nicht erfahren können, jedenfalls ist es noch sehr fraglich, ob ein Zug nach dem Dom und eine kirchliche Feier beabsichtigt werde. Unseren Stadtvorordneten haben in einer öffentlichen Sitzung beschlossen, das Gelb, was für ein Festmahl verausgabt werden sollte, den Armen der Stadt zustitzen zu lassen; in einer darauf folgenden geheimen Sitzung

sollen sie, wie verlautet, den Beschluß gefaßt haben, dem Minister-Präsidenten Grafen v. Brandenburg und dem Minister v. Manteuffel das Ehrenbürgerrecht zu verleihen. So haben denn doch endlich die Männer der rettenden That auch bei den Vätern der Stadt Gnade gefunden! Berlin wird am Mittwoch illuminirt sein, wenigstens ist dies die Absicht der conservativen Partei und auch der Magistrat hat sich dafür ausgesprochen. Die Veteranen, welche einst dem Rufe des verstorbenen Königs als freiwillige Jäger folgten, feiern morgen den Jahrestag im Gesellschaftshause durch ein großartiges Festmahl. Die Minister, ebenso General v. Wrangel, haben die an sie ergangene Einladung angenommen.

○ Berlin, den 1. Februar. Von einem ungenannten Verfasser (es soll eine Dame sein) ging gestern vor einem sehr gefüllten Hause, das mit vieler Spannung erwartete Schauspiel: „Der Genius und die Gesellschaft“ über die Bühne. Gesellschaft freilich gab es wenig darin, denn außer dem weltbekannten Zerbeng und Erfinder der mit Stärke gesteiften Halstücher, Brummel, beiläufig einem der schlechtesten Repräsentanten derselben, war nicht viel davon zu sehen, man müßte denn einige bocksteife Figuren annehmen. Der Genius, unter der Gestalt des Lord Byron, wird uns nun im Kampfe mit jener nicht recht zur Erscheinung kommenden Gesellschaft vorgeführt, und das Stück soll eben einen Beleg zu der alten Wahrheit geben: daß exzentrische und geniale Charaktere die ihnen von der Welt gezogene Schranke zu eng finden und bei dem Kampf dagegen übel fortkommen. Zur Knüpfung und Lösung des dramatischen Knotens, ist die Umarmung benutzt, mit welcher Byron, nach der bekannten Geschichte, eine Schauspielerin des Drurylane-Theaters beeindruckt. Die Einwirkung des Genius geschieht auf so äußerliche und unmittelbare Weise, daß man davon überrascht wird; noch weit überraschender aber ist die Diktation der Verfasserin, die von dem lustigsten, zartesten Ausdruck bis zu dem ekelhaft natürlichen und allererbsten heruntergeht und gewiß oft sämmtlichen Damen das Blut in die Wangen treibt. Der Darsteller des Lord Byron, Herr Dessoir, saß die Rolle zwar ziemlich verständig auf, aber wo wäre wohl ein Schauspieler, der uns eine so phantastische, launenhafte, exzentrische Natur, wie die des englischen Dichters, zur Aufschau zu bringen wüßte? — Schade um die hochliegende Idee der Verfasserin, daß der Versuch ein mißlungenener genannt werden müßt.

○ Berlin, den 2. Febr. Die Wahlen zum Erfurter Parlament sind im ganzen Staate der großen Mehrheit nach im Sinne des Ministeriums ausgefallen. In Potsdam ist Patow unterlegen, in Frankfurt hat Simson dem Abgeordneten der zweiten Kammer, Uelrichs, weichen müssen. In Folge der glücklichen Lösung der Verfassungsfrage herrscht im Ministerium eine sehr zufriedene Stimmung. Den Ministern soll es nicht lieb gewesen sein, daß die Fideicommiss-Angelegenheit in der neuen Königlichen Botschaft berührt wurde; der König soll aber bei seinem Entschluß geblieben sein, und gegenwärtig fällt es auf Seiten der großen konstitutionellen Partei Niemand ein, an dieser Erwähnung Anstoß zu nehmen. Sogar die Gegner der Königl. Botschaft und ihrer hauptsächlichsten Propositionen gestehen jetzt, daß sie mit dem Ausgang der Verfassungskrisis zufrieden sind. Die Constitutionelle Zeitung, die auch in dieser Beziehung für den Ausdruck der „Gothaer Partei“ gelten darf, bezeichnet in dem Leit-Artikel ihrer heutigen Abendnummer die liberalen Hauptpunkte der Verfassung und sagt dazu: „Wir werden es laut und entschieden vertreten — die Preußische Verfassung entspricht im Wesentlichen nicht allein den augenblicklichen Bedürfnissen, sondern sie enthält auch die Keime einer gedeihlichen und raschen Entwicklung.“ Die conservative Bevölkerung Berlins wird am Tage der Verfassungsbeschwörung ihre Freude in Festessen kundgeben, die in verschiedenen Theilen der Residenz stattfinden sollen. Abends wird eine große Illumination folgen. Die Anhänger des Preußisch-Deutschen Bundesstaats erwarten, daß jetzt auch diese Angelegenheit eine glückliche Erledigung finden werde. Das Gerüst, daß die Österreichische Regierung der diesseitigen die Grundzüge einer neuen Deutschen Verfassung mitgetheilt habe, bestätigt sich nicht. Man glaubt überhaupt nicht, daß Österreich mit den vier Königreichen etwas dem Preußisch-Deutschen Verfassungsentwurf irgend Gefährliches werde bieten können. Der Minister v. Manteuffel wird mit seinem ganzen Bureau nach Erfurt ziehen; er namentlich hat seinen Ehrgeiz darin gesetzt, auch hier der Preußischen Sache zum ehrenvollen Siege zu verhelfen.

Berlin, den 2. Februar. (D. R.) Über den am Mittwoch stattfindenden feierlichen Akt der Bechwörung der Verfassung erfährt man Folgendes: Um 11 Uhr versammeln sich die Mitglieder beider Kammer im Rittersaal des Königl. Schlosses. Der Ministerpräsident eröffnet die Versammlung und erstatte Sr. Majestät die Anzeige, daß die Kammer versammelt sind. Se. Majestät erscheint unter dem Vortrite des Staatsministeriums und nimmt auf dem Throne Platz. Se. Majestät spricht darauf das eidliche Gelöbniß aus. Der Protokollführer verliest demnach den Eid der Staatsminister, welche einzeln vor den Thron treten und mit den Worten: „Ich schwör, so wahr mir Gott helfe“, den Verfassungeid leisten. In gleicher Weise erfolgt darauf die Beeidigung der beiden Kammer-Präsidenten. Die Protokollführer der beiden Kammer rufen hierauf die Kammermitglieder auf, welche einzeln in gleicher Weise an den Stufen des Thrones den Eid ablegen. Nachdem Se. Majestät den Saal verlassen, erklärt der Ministerpräsident die Versammlung für geschlossen. Um 2 Uhr findet Königl. Tafel im weißen Saale statt, zu welcher sämtliche Kammermitglieder gezogen werden.

(Wahlen zum Erfurter Volkshause.) Von den uns bis jetzt bekannt gewordenen Wahlresultaten für das Erfurter Volkshaus theilen wir folgende mit: Im Kreis Oberbarnim-Angermünde wurde Prof. Stahl; in Königsberg i. d. N. General v. Reyher; in Potsdam: Prof. Keller. In Magdeburg: von 200 anwesenden Wahlmännern der Kreise Magdeburg und Wolmirstadt wurde zum Abgeordneten nach Erfurt der Gr. Minister des Innern v. Manteuffel

mit 122 Stimmen gewählt; in Genthin: Ober-Regierungs-Rath Triest, in Luckau Landrat v. Manteuffel, in Frankfurt a. O. Professor Ulrichs; in Anklam Graf Schwerin; in Potsdam Graf Dönhoff; in Oels Falk; in Löwenberg Rose; in Hirschberg Freiherr v. Ledlik-Nekirich; in Küstrin Direktor v. Malchau; in Liegnitz Regierungs-Rath v. Holler; in Frankenstein Staats-Anwalt v. Prittwitz; in Neu-Ruppin Ober-Regierungs-Rath Schulze; in Teltow-Lützenwalde v. Fock; in Beeskow-Niederbarnim v. Bodelschwingh; in Elberfeld Daniel v. Heydt; in Grefeld v. Becke- rath; in Köln Wirtz. Geh. Rath Camphausen; in Halle Professor Dunker; in Glogau Lieutenant v. Frankenberg; in Münster Domdechant Dr. Ritter aus Breslau; in Herford Kreisgerichts-Direktor Hoffbauer; in Schöningen (2. Braunschweiger Wahlbezirk) Geh. Rath Langerfeldt; im dritten Braunschweiger Wahlbezirk Finanz-Direktor v. Thielau; in Wismar Professor Beseler (aus Greifswald); in Güstrow Stadtrichter Dr. Sprengel; in Ludwigslust Dr. Sprengel (2 Mal); in Schmiedeberg Hauptmann Müller; in Bernburg Ober-Konsistorialrath Walther.

Berlin, den 2. Februar. (St.-A.) Mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des Königs wird auf den Wunsch von Abgeordneten beider Kammer am Mittwoch, dem 6. d. M., vor dem Zusammentritt der Kammer im Königl. Schlosse zu der durch die Allerhöchste Botschaft vom 31. Januar d. J. auf diesen Tag festgesetzten Feierlichkeit des eidlichen Gelöbnisses Sr. Majestät des Königs, so wie der Vereidigung der Minister und der Mitglieder beider Kammer auf die Verfassung des Preußischen Staats, in sämmtlichen hiesigen Kirchen ein auf diese wichtige Staatshandlung bezüglicher Gottesdienst abgehalten werden. Die Abgeordneten werden der kirchlichen Feierlichkeit in der Hof- und Domkirche, beziehungsweise in der St. Hedwigskirche hierzu bewohnen.

Dem Vernehmen nach beabsichtigt der Papst, dem Erzbischof von Posen und Gnesen, Hrn. v. Przybuski, in Übereinstimmung mit der Preußischen Regierung, einen Coadjutor, gewissermaßen als Custos, beizugeben.

Berlin, den 3. Febr. (Const. Btg.) In dem Kreise der polnischen Abgeordneten soll die Frage in Anregung gebracht sein, ob man die Verfassung beschwören könne? Ein bestimmter Beschluß ist dem Vernehmen nach noch nicht gefaßt, doch ist es möglich, daß die Polen ihr Mandat niederlegen. — Unter den außerordentlichen Ausgaben im Berliner Stadthaushalt-Etat ist besonders die Position beachtenswerth, welche sich ankündigt: „Kosten in Veranlassung und in Folge der Ereignisse vom 18. und 19. März 1848.“ Dieselbe umfaßt drei Rubriken: 1) im Allgemeinen, als für Drucksachen, öffentliche Bekanntmachungen, Anschlag derselben, für Fahrtkosten, für Arbeiter- und Volksversammlungen, für die Schutzbeamten, auch einschließlich 6000 Thlr. Entschädigung an den früheren Oberbürgermeister von Berlin in Veranlassung seines Scheitens aus dem Magistrats-Collegio vor Ablauf der Amtsperiode: 9365 Thlr. 19 Sgr. 9 Pf. 2) für Zustandsetzung des Strafenplasters und der Brücken nach Abtragung der Barricaden 2981 Thlr. 25 Sgr. 9 Pf. 3) Beerdigungskosten für die am 18. und 19. März 1848 Gefallenen, so wie für Einrichtung des Begräbnisplatzes, zu welchem die Commune den Grund und Boden vom Territorium des Friedrichshaines unentgeltlich hergegeben hat: 6853 Thlr. 24 Sgr. 11 Pf. Summa: Kosten der Revolutionssucht für die Commune: 19201 Thlr. 10 Sgr. 5 Pf. — Eine andere beachtenswerthe Ausgabe bildet die Kosten für die im Gefolge der Märzereignisse errichtete Bürgerwehr zum Belauf von 4042 Thlr. 22 Sgr. — Auch die Cholera hat im Jahre 1848 den Ausgabebetrag bedeutend erhöht, nämlich um 18,330 Thlr. 9 Sgr. 7 Pf. — Der Literat Beta wird binnen Kurzem auf Veranlassung des Kriegsministerii wegen eines Aufsatzes über das Verfahren des 24. Regiments beim Dresdner Aufstand unter der Anklage der Verlämzung vor die Geschworenen gestellt werden.

(Berl. N.) Zu dem feierlichen Bechwörungs-Act am 6. Februar wird auch Se. R. H. der Prinz von Preußen und dessen Sohn, der Prinz Friedrich Wilhelm, hier erwartet. Ein besonderes Programm wird die Ceremonie der Feierlichkeit feststellen. — Auf telegraphischem Wege ist schon vorgestern die Nachricht von der Erfurt erfolgten Wahl des Hrn. v. Becke- rath in dem 26. Wahlbezirk (Grefeld) hier eingegangen, und befand sich zwanzig Minuten, nachdem sie erfolgt, die Nachricht davon in seinen Händen. — Die Wahlmänner in Una hatten beschlossen, Hrn. v. Bodelschwingh für Erfurt zu wählen. Da sie jedoch seiner Annahme nicht sicher waren, ließen sie am Wahltag, den 31., hier in Berlin bei ihm deshalb anfragen; sie würden bis zu erfolgter Antwort zusammenbleiben. Da nun Hrn. v. Bodelschwingh in Berlin gewählt worden, so lehnte er ab, und man wählte in Una einen andern. Wer kann unter solchen Umständen noch an eine Beschränkung des Verkehrs denken!

Neisse, den 27. Jan. (Berl. N.) Es geht heut Abend abermals ein Detachement Pioniere, 20 Mann stark, zu Gisprungen auf der Oder nach Janowitz, unterhalb Breslau, und zwar mit dem Dampfsuge ab. Für ihre Dienstleistungen unter so schwierigen Verhältnissen, bei theilweise schlechten Quartieren und in Berücksichtigung der rauhen Witterung ist den Unteroffizieren und Mannschaften der Pionier-Detachements, von der Regierung eine ziemlich ansehnliche Zulage bewilligt worden. Ähnliche Kommandirungen sollen auch von Seiten derselben Gr. Glogau stationirte Pionier-Abteilung erfolgt sein. Bemerkenswerth erscheint es, daß sich unter den diesmaligen hiesigen Wahlmännern vier Generale, nämlich der jetzige Kommandant Gen.-Lieut. v. Werder, zwei ehemalige erste Kommandanten von Neisse und der Brigade-General v. Wenning befinden; auch der Commandeur der Kavallerie-Brigade, Oberst v. Treskow, ist zum Wahlmann gewählt worden.

Neusalz a. d. O., den 31. Januar. Bei der so eben stattgefundenen Wahl eines Abgeordneten zum Volkshause in Erfurt von den Kreisen Grünberg und Freistadt ist Se. Königl. Hoheit der Prinz

Abdalbert von Preußen mit 123 unter 180 Stimmen gewählt worden. (D. R.)

PPC Stettin, den 30. Jan. In Stralsund hat sich eine Gesellschaft von Kaufleuten und Reedern gebildet, um eine Seeassurance für die Schiffe der Neuvorpommerschen Häfen ins Leben zu rufen. Außerdem beabsichtigt man eine Privatbank für Neuvorpommern und Rügen mit einem Aktienkapital von 300,000 Rthlr. zu errichten um die Geldcirculation in einen leichten Gang zu bringen. Nach den dessfalls Veranschlagten würde der jährliche Geschäftsumfang der Bank sich auf 4,300,000 Rthlr. belaufen. — Die volkswirtschaftliche Wichtigkeit, welche der Betrieb des Fischereigewerbes für den Reg.-Bez. Stettin besitzt, hat bei der Mangelhaftigkeit der bestehenden Fischerei-Ordnung schon seit mehreren Jahren auf die Notwendigkeit geführt, dieselbe einer zeitgemäßen Revision zu unterwerfen. Bereits im Jahre 1847 ist der Entwurf einer neuen Fischerei-Ordnung für die Oder und deren Auslässe höheren Orts eingereicht worden. Die politischen Erschütterungen der letzten beiden Jahren haben den weiteren Betrieb dieser Angelegenheit bisher gehindert, jetzt ist jedoch — wie uns mitgetheilt wird — auf höhere Veranlassung eine Kommission von Sachverständigen zusammen getreten, um den früheren Entwurf einer letzten Revision zur demnächstigen Vorlage an die Kammer zu unterwerfen. Wie wichtig der Fischereibetrieb übrigens in nationalökonomischer Hinsicht für die an der Oder belegenen Kreise ist, mögen folgende Zahlen ergeben. Es beschäftigen sich mit der Fischerei in den Wassergeraden des Reg.-Bez. Stettin überhaupt circa 2500 Personen und ist der Röhretrag derselben jährlich auf circa 350,000 Rthlr. anzunehmen. Dazu treten noch 283 Fischhändler, deren Gewerbetrieb mindestens eine jährliche Einnahme von 230,000 Rthlr. abwirft. Hiernach wird durch den Fischereibetrieb in den Wassergegenden des Reg.-Bez. Stettins überhaupt die Summe von 580,000 Rthlr. in Umlauf gesetzt.

Erfurt, den 31. Jan. (D. R.) So eben ist die Wahl, welche um 10 Uhr begonnen hatte, vollendet. Herr v. Radowicz hat von den abwesenden 200 Wahlmännern 160 Stimmen erhalten. Etwa 40 Wahlmänner haben gesetzelt, denn unser Wahlbezirk hat 240 Wahlmänner aufzuweisen. — Die wegen Kratzkrüge's Prozeß nach Berlin geladenen Mezzetts belauften sich auf 12 Personen. Die Mezzetts waren zur Zeit die ersten, welche keine Steuer zahlen wollten. Bekanntlich hatten auch in jenen Tagen unsere Stadtverordneten, freilich nur mit einer sehr geringen Stimmenmehrheit und unter großem Terrorismus, zu dem Steuerverweigerungsbeschlüsse ihre Zustimmung gegeben. Das Protokoll von jener Sitzung ist nach Berlin gefordert und auch dorthin bereits abgesandt worden. Dasselbe dürfte jedoch dem Gerichte von geringer Bedeutung erscheinen, da es nicht abgeschlossen ist; denn der damalige Volksterrorismus ließ dem Vorstande der Stadtverordneten-Versammlung nicht Zeit, dasselbe zu unterschreiben; nur des Vorsitzenden Name befindet sich darunter.

Köln, den 30. Januar. (D. R.) Die Verbindung mit dem jenseitigen Rheinufer ist wegen des vielen Treibes sehr lückhaft und die Überfahrt gefährlich. Zwei Nachen, welche es gestern versuchten, überzugehen, schwugen mitten im Rheine um; glücklicher Weise wurden die Personen gerettet, doch stell noch ein Kurtaffier vermisst werden, — verschiedene Effekten gingen zu Grunde. Nur einige Mal des Tages fährt das Dampfschiff von einem Ufer zum andern.

Hamburg, den 30. Jan. (D. R.) Unsere Verfassungs-Angelegenheit ist wiederum in eine neue Phase getreten, indem das Kollegium der Oberalten einen Verfassungs-Entwurf ausgearbeitet hat auf der Grundlage der bestehenden Verfassung und nur mit einigen wesentlichen zeitgemäßen Modifikationen, wie sie es nennen; das persönliche Stimmrecht der Grundeigenthümer ist beibehalten, und die Bürgerschaft soll aus diesen und einer Anzahl aus Wahl hervorgegangener Bürger gemeinschaftlich bestehen, sie selbst fungiren als Bürgerausschuss mit lebenslänglicher Wahl und Amtsdauer; das letztere ist die eigentliche Pointe des ganzen Werkes. Dieser Entwurf ist bereits dem Senat mit der ausdrücklichen Bemerkung eingereicht, denselben umgesäumt an die erbgeseßene Bürgerschaft zu bringen, was aber der Senat in keinem Falle thun wird, indem er höchstens die modifizierte Neuer-Verfassung der Bürgerschaft vorlegen wird. Nach den bestehenden Grundregeln von 1712 hat jedoch sowohl der Senat wie das Kollegium der Oberalten die Initiative, und nur durch das langjährige Einverständnis, worin sich Senat und Oberalte befanden, haben die Letzteren keine Veranlassung gefunden, von diesem Rechte Gebrauch zu machen, jetzt geben sie jedoch ernstlich damit um, daß, falls der Senat nicht gesonnen sei, diese ihre Verfassung an die Bürgerschaft zu bringen, entweder selbstständig eine Bürgerschaft auszuschreiben, oder in der nächsten Bürgerschaft ohne Weiteres ihren Entwurf vorzulegen, wozu sie gleichfalls das Recht haben, da sie der Bürgerschaft präsidieren und auch die Protocols führen und selbstständige Anträge zu machen befugt sind. Zu leugnen ist es übrigens nicht, daß diese Herren mit ihrem Anhange dem Senat manche Verlegenheit bereiten und daß die sonst in unserer Stadt so freundlich patriarchalisch zusammen lebenden Staatsgewalten und Träger der Ehrenämter und Staatswürden seit einiger Zeit in die manigfachsten Diskordien gerathen sind. Das Ende all dieser Dinge kann nur von außen kommen, und wäre, da ein anderer Ausweg einmal nicht möglich, nur zu wünschen, daß es so schnell wie möglich vorwärts ginge, damit wenigstens die ewigen Partezwiste und Skabalen ein Ende nehmen und unsere Stadt, was für den Handel und Verkehr so unendlich wichtig, in einen positiven Zustand gelange.

Hamburg, den 31. Jan. Unsere Totalwirren sind durch die von den Oberalten dem Senat überreichte Verf., die dem Oberalten-Sekretär Dr. Westphal zum Verfasser hat, noch verwickelet geworden. Diese Verf., für welche die Sechziger von den Oberalten gewonnen sind, stellt als Hauptprinzip die Lebenslänglichkeit der Kollegien auf, von welchem abzugehen die Oberalten sich nicht entschließen können. Von der andern Seite suchen die Vermittler Alles aufzubieten, um recht viel Unterschriften für ihr Projekt zu erlangen, und so ist demnach der Senat zwischen zwei Feuer genommen. Welches Ende diese Krisis nehmen wird, ist nicht vorauszusehen, da die Oberalten den festen Entschluß zu erkennen gegeben haben sollen, nur einer solchen Verfassung ihre Zustimmung geben zu wollen, die die Grund-Prinzipien der bestehenden Verfassung von 1712, zu deren Aufrechthaltung sie neben dem Senat verpflichtet sind, zur Basis hat; widrigenfalls sie ihr Recht weiter verfolgen werden. — Der Abschluß der Militair-Konvention mit Preußen, dessen Ende schon so nahe war, ist durch das hamburgische Seitst gestellte Verlangen, die Stellvertretung fernher noch beibehalten zu können, auf welches einzugehen Preußen schon der übrigen sich anschließenden Staaten wegen nicht eingehen kann, auf ein bedeutendes Hinderniß gestoßen. Jedoch hofft man, daß auf die eine oder andere Weise dieses Hinderniß bald aus dem Wege geräumt werden wird. — Die Kommission behufs der Leitung der Wahlen nach Erfurt macht

heute bekannt, daß die Wählerlisten aufgemacht seien und bis zum 8. Februar zur Einsicht und resp. Einsprache offen liegen. Nach Ablauf dieser Zeit soll Zeit und Ort der Wahlen näher bekannt gemacht werden. — In Folge der wegen des starken Eisgangs sehr gefährlichen Passage der Velte hat das dänische Ministerium des Innern sich veranlaßt geschen, eine Bekanntmachung zu erlassen, welche die Eröffnung des Reichstags, die am 28. d. erfolgen sollte, auf unbestimmte Zeit verschiebt.

Meiningen, den 25. Januar. (D. P. A. Z.) Es ist kaum zu zweifeln, daß der vorige Minister v. Speckhard mit großer Majorität zum Abgeordneten für das Erfurter Volkshaus gewählt werden wird. — Unser Ministerium soll jetzt ernstlich damit umgehen, die, für die Thüringischen Staaten gemeinschaftlich bearbeiteten, Entwürfe eines Strafgesetzbuchs und einer Strafprozeßordnung in Ausführung zu bringen.

Altenburg, den 25. Januar. (D. P. A. Z.) Unser Herzog Joseph, welcher gleich nach den Märztagen die Regierung niedergelegt hatte, bis dahin aber manche Kränkung von der aufgeregten Bevölkerung erfahren mußte, hat jetzt den Entschluß gefaßt, hier zu bleiben, obgleich bereits in Hannover ein Schloß für ihn angekauft ist.

Oesterreich.

Wien den 27. Januar. Aus Pesth wird unter dem 23. d. Mts. berichtet: Heute wurden drei Individuen kriegsrechtlich durch den Strang hingerichtet. Der eine war Kolositi, der Mörder des unglücklichen Lamberts, die anderen zwei Guerillas: der Jäger Pallit und der Bauernbursche Markus, welche des Mordes an dem auf einer Courierroute nach Gyöngyös begriffenen Obersten Baron Hake überwiesen sind. — Bida, der Redakteur des „Figvelmező“ verweilt noch hier; wie es heißt, hat ihm Haynau durch weitere 8 Tage den hierzeitigen Aufenthalt bewilligt. Seine Gattin war bei Haynau, um von ihm irgend eine andere Strafe zu erbitten: lieber ins Gefängniß oder nach dem Auslande, als in die Heimath, wo die erbosten Wallachen den rückkehrenden Vorkämpfer der, wenigstens conservativen, Magyaren mit Ermordung bedrohen. Ungeachtet aller Bitte wurde der jungen und hübschen Frau keine Hoffnung auf eine Abänderung des Urtheils gegeben.

Frankreich.

Paris, den 28. Jan. (Köln. Ztg.) Der Ministerrath hielt heute eine Sitzung, welcher L. Napoleon beiwohnte und worin angeblich über eine wichtige Depesche aus Wien berathen wurde, welche den schon erwähnten Plan der Abtretung eines Theils der Lombardei an Sardinien betreffen soll. — Chancierier hielt heute wieder Heerschau über eine Brigade. Auf der ganzen Linie der Boulevards stand um Mittag ein bedeutendes Hin- und Herzischen von Truppen Statt, welches nach der „Estafette“ die Bevölkerung einiger Maßen beunruhigte. Dies Blatt meint, daß solche durch nichts veranlaßte militärische Promenaden schlecht geeignet seien, den Glauben an die Staatsstreich-Gerüchte zu zerstören. — Lamoriciere soll bei seiner Durchreise durch Berlin unsern neuen Gesandten Persigny, welcher Depeschen für ihn mitgebracht hatte, gar nicht beucht haben und ihm dies im Elysée sehr übel genommen worden sein. Die „Estafette“ meint, daß dem General an der Stimmung im Elysée gegen ihn nicht viel zu liegen scheint. — Das „Droit“ meldet, daß der junge Mobilgarist, dem der auf den Juni-Barrakaden von 1848 tödlich getroffene Erzbischof von Paris mit den Worten: „Nimm, es wird dir Segen bringen!“ sein Kreuz überreichte, und der seitdem von den höchstgestellten Personen reiche Gesell empfing, jetzt als Genosse einer Diebesbande verhaftet worden ist, nachdem er schon vorher wegen Diebstahls angeklagt worden war. — Unsere Regierung hat der päpstlichen Regierung, welche eine neue Glorie zu bauen beabsichtigt, einen Fregatten-Captain zur Verfügung gestellt. — Ein Journal erzählt, L. Napoleon habe dieser Tage von einem reichen Engländer ein schönes Pferd um den Preis von 3000 Frs. gekauft; als er es aber abholen lassen wollte, sei ihm eröffnet worden, daß das Pferd ohne baare Bezahlung nicht hergegeben werde. — Der Ertrag unserer Eisenbahnen hat voriges Jahr im Vergleiche mit 1848 bedeutend zugenommen. Bei der Nordbahn beträgt der Mehr-Ertrag fast 4 Mill. Frs., oder 24 Prozent. — Aus den Departements laufen fortwährend Nachrichten von der unerträglichen Strenge ein, womit die Behörden gegen diejenigen niederen Beamten verfahren, die sich als Anhänger oder Beförderer des Socialismus zeigen. Gerichtsdienner, Steuer-Beamten, Chausseewärter, Briefträger u. s. w. werden oft massenweise abgesetzt. Besonders aber sind es die Elementarlehrer, die seit dem gegen sie erlassenen besonderen Gesetze hart mitgenommen werden. Viele derselben haben sich bereit, vor Verkündigung derselben ihre Entlassung zu nehmen, um wenigstens an ihren bisherigen Wohnorten Privatschulen errichten zu können, was ihnen nicht gestattet gewesen wäre, wenn sie in Folge des neuen Gesetzes durch den Präfekten abgesetzt worden wären. Auch in der Armee wird mit großer Strenge gegen die Anhänger vorgerückter Meinungen verfahren. Ein Lieutenant der Jäger von Vincennes, der gewisse offizielle Wahl-Manövers in den Kasernen öffentlich zur Sprache gebracht hatte, ist seines Dienstes entlassen worden.

In der heutigen Sitzung der National-Versammlung wird zuerst die Wahl des Majors Favard als Repräsentant für das Gard-Departement für gültig erklärt. Folgendes sind die Stimmenzahlen, die auf die Kandidaten der drei Parteien gefallen sind: Favard (demokratische Partei) 31,382, du Graal (conservative und orleanistische Partei) 22,723, de Lourouer (ein legitimistische Partei) 11,726. Hierauf wird der neue Gesetz-Vorschlag über die Mobilgarde berathen. Die Regierung will, daß dieselbe mit dem 1. Februar definitiv entlassen werden und zur Belohnung noch einen vierjährlichen Sold als Gratifikation erhalten soll. Der Gesetz-Vorschlag findet keinen erheblichen Widerstand, wird jedoch noch nicht definitiv genehmigt, da der General Cavaignac noch ein Amending zu demselben eingebracht hat. — Die darauf folgende Berathung eines Gesetzes über die Contrakte zwischen den Webern und ihren Arbeitsherren bietet durchaus kein Interesse dar und wird auch von der Versammlung, die kaum in beschlußfähiger Anzahl zusammen ist, mit sehr geringer Theilnahme behandelt. Sie wird indessen bald unterbrochen, weil die Kommission für das Mobilgarde-Gesetz sich inzwischen versammelt und im Vereine mit dem Minister des Innern das Amending des Generals Cavaignac zu Gunsten der schon früher auf Halbfeld gesetzten Offiziere der Mobilgarde genehmigt hat, worauf die Versammlung dasselbe ebenfalls ohne Discussion annimmt. Das ganze Gesetz geht mit 533 Stimmen gegen 49 durch. Die durch die Gratifikation für die Mobilgarde verursachte Ausgabe beträgt 280,000 Fr. — Der Minister des Innern legt hierauf zum Schluß eine neue Kredit-Forderung zur Vollendung des Grabmals Napoleons nieder, was einiges Verbrechen erregt, da er erst vor Kurzem einen Gesetz-Entwurf zu demselben Zweck zurückgezogen hatte.

Paris, den 29. Januar. (Köln. Ztg.) L. Napoleon wird näch-

stens der National-Versammlung einen Gesetzentwurf zur Einführung unentgeltlicher Rechtspflege für die Armen vorlegen lassen, mit dessen Prüfung der Staatsrat schon längere Zeit beschäftigt ist. — Im „Constitutionnel“ läßt die Regierung erklären, daß die 29 Erstwahlen zur National-Versammlung bloß deshalb noch nicht ausgeschrieben werden, weil die Wege in den Departements durch den Schneefall in so schlimmen Zustände sind, daß die meisten Wähler, welche man jetzt zu den Wahlen schreiten, nothgedrungen den Wahlort nicht würden besuchen können. — In gutunterrichteten Kreisen spricht man von einem Ultimatum, welches Österreich und Preußen an die Schweiz gerichtet hätten und worin der Bundesbehörde eine Frist, angeblich bis Ende April, bewilligt wird, um den demagogischen Untrüben der Flüchtlinge ein Ende zu machen, widrigensfalls beide Mächte sich nach Ablauf der Frist zur Einschreitung beugt erachten würden. — Man verfüchtet, daß Persigny im Auftrage unseres Cabinets bei dem Könige von Preußen ganz im Sinne der Partei Gerlach-Stahl wirkt und die mit der Ernennung eines Ministeriums dieser Schattierung harmonisierenden Maßregeln unterstützen. — Der „Moniteur“ enthält ein Decret des Präfekten der Republik, wodurch auf den Antrag des Kriegsministers das durch Erlass vom 9. Febr. auf 60,000 Fr. festgesetzte Gehalt des Gouverneurs der Invaliden, Jerome Bonaparte, wieder auf den ursprünglich für diesen Posten festgesetzten Gehalt von 40,000 Fr. herabgesetzt wird, weil derselbe jetzt auch noch den Gehalt eines Marschalls von Frankreich bezieht. — Dem neuen Gesetz gemäß, wonach die Ausstellung der Namen abwesender Verurtheilter am Pranger aufgehört, ist gestern das Urteil des Gerichtshofes von Versailles an den Wohnungen der abwesenden Verurtheilten angeschlagen worden. — Gestern ward der Verleger einer Schrift: „Petition an die Nationalversammlung um Wiederherstellung der (weisen) Nationalfahne“, vom Assisenhof zu 2 Monaten Gefängniß und 300 Fr. Geldstrafe verurtheilt. — Nach dem „Corsaire“ beläuft sich die Zahl der in Folge der Statt gehabten Revision aus den Wählerlisten für das Seine-Departement ausgemerten Namen auf 27,555, was allerdings auf das Ergebnis der Wahlen Einfluß über kann.

— Die heutige Sitzung der National-Versammlung bietet wenig Interesse dar. Auf der Tages-Ordnung steht die Fortsetzung der Diskussion über die Verträge, welche zwischen den Webern und ihren Meistern abzuschließen sind. Die Debatten bieten nicht das geringste Interesse dar. Die Repräsentanten sind in geringer Anzahl gegenwärtig und unterhalten sich mit lauter Stimme. Der Vorsitzende ist genötigt, mehrere Male durch den Hüssler zum Still-schweigen aufzufordern zu lassen. Ein Gegen-Antrag von Sestre wird verworfen. Nach einer zweifüründigen Diskussion verlangt die Versammlung mit Ungestimt den Schlüß der Debatte. Das Gesetz wird sodann in zweiter Berathung fast einmuthig genehmigt und festgesetzt, daß es zur dritten Berathung zugelassen werden soll.

Paris, den 30. Januar. Der Englische Gesandte hielt heute eine lange Conferenz mit L. Napoleon. — Durch einen Tagesbefehl ist den Soldaten der hiesigen Besatzung verboren worden, gewisse ihnen genau bezeichnete Straßen zu besuchen. — Nach Depeschen aus Petersburg ist General Castelbajac, welcher dem Kaiser ein eigenhändig geschrieben L. Napoleon's mitbrachte, dort als Gesandter empfangen worden. — Die großen Truppen-Promenaden dauernd fort. Man begegnet jetzt auch Nächts häufig sehr starken Infanterie- und Cavallerie-Patrouillen. — Heute früh 8 Uhr schritten Polizei-Agenten, von einer starken Abtheilung der republikanischen Garde begleitet, zur Fortschaffung des Freiheitsbaumes, der zwischen dem Quai Montebello und dem Quai Napoleon stand. Unter der um diese Stunde im erwähnten Stadttheile zahlreich auf den Straßen befindlichen Arbeiterklasse entstand eine gewisse Aufregung und einige Arbeiter wollten sich dem Umbauen des Baumes widersetzen. Es sammelte sich rasch eine beträchtliche Menschenmasse und es bedurfte des Einschreitens der Truppen zur Berstreuung der Menge. Zahlreiche Gruppen entfernten sich unter Bivaks für die Republik, und man vernahm auch Ausrufungen, welche seit dem 13. Juni für aufrührerisch und der öffentlichen Ordnung zu wider gelten. Zu Thätlichkeiten ist es zum Glück bei diesem Anlaß nicht gekommen.

— Die heutige Sitzung der National-Versammlung bietet nur geringes Interesse dar, indem sie vollständig mit der Berathung eines Gesetzentwurfes ausgefüllt wird, wonach das Ludwig Philipp gehörende Gesetz zu St. Cloud durch den Staat angenommen werden soll. Bemerkenswerth ist bloß, daß der Ankauf des ganzen Gestüts gegen die Ansicht des Handels- und Ackerbau-Ministers Dumas entschieden wurde, der bloß die Zuchtpferde für den Staat erworben wissen wollte. Das ganze Gesetz, welches der Regierung für den Ankauf des Gestüts einen Credit von 100,000 Fr. bewilligt, wird mit ungeheurer Majorität angenommen.

Großbritannien und Irland.

London, den 28. Januar. Unter der bunten Mischung so vieler Emigranten ist unsere deutsche Nation jetzt wahrlich sehr zahlreich vertreten, und täglich erfährt man von Neuhinzugekommenen. In Paris sagt man: tout le monde sei jetzt in London; ob man bei uns dieser monde dieselbe Benennung geben wird, hängt von der Stimmung ab; sonst könnte man gewiß in demselben Sinne sagen: wer nicht in der Schweiz sei, der befindet sich auf englischem Boden; vom Regen in die Traufe, — möchte man hinzufügen; denn auf Rosen gebettet haben sich diese ambulanten Weltverbesserer wahrlich nicht und besonders hier nicht. London ist zu allen Zeiten ein theurer Ort, und inmitten des Winters, und eines sehr kalten Winters, doppelt. Die Quellen des Erwerbes erschließen sich dem Fremden hier sehr schwer, der Markt ist überfüllt, und die Competition hier sehr groß. Und was kann denn ein politischer Flüchtling überall auch leisten? Er kann nur schreiben oder Unterricht geben. Zu dem Ersteren findet sich die Gelegenheit nicht leicht; denn sein politisches Glaubensbekenntniß allein verpreßt ihm Thüren und Herzen, und kein Journal bekommt sich hier zu republikanischen Gestüttungen; das Letztere aber ist nicht sein Fach, er hat keine Uebung darin, und der Engländer schätzt die Erfahrung. Wenn er daher hier nicht des Hungers stirbt, so thut er etwas sehr Außerordentliches. Auch ist dies die wirkliche große Aufgabe, die ihm hier gestellt ist, und wenn er diese löst, so hat er das Höchste geleistet. Die Flüchtlinge aus Baden haben an der „Londoner Deutschen Zeitung“ ein Organ gefunden, das ihnen willig und geduldig seine Spalten lebt; aber eine melkende Kuh wird es ihnen wahrlich nicht! Der Herzog von Braunschweig honoriert nur seine eigenen Artikel und hält das Blatt eigentlich nur für diese und die Annoncen seiner Diamanten und sechstausend Uniformen, wozu künftig wohl noch seine abgelegten Maitressen hinzukommen werden. Karl Heinzen hat übrigens schon seit Jahren Arbeiten eingesandt und war stets der Schriftsteller seines Herzens; der Herzog ist aber so christlich jesuitisch gefügt, daß die Rechte bei ihm nicht wissen darf, was auf der Linken vorgeht, was der Börse mitunter sehr zu Gute kommt. Struve

ist ganz in seinen literarischen Arbeiten vergraben. Er soll von früh 6 Uhr an auf das angestrengteste arbeiten, d. h. dictieren, und sich kaum die nötige Zeit zu seinen Mahlzeiten lassen, einzige, damit der Welt nichts von dem entgehen möge, was er zu ihrem Besten ersinnen, wofür ihr denn auch schon das Geschenk eines Almanachs geworden, wie noch keiner vorher da gewesen. Sein Secrétaire hat indessen die wenigen Minuten, die bei einem so geschäftigen Leben abfallen können, benutzt, um einen Verein zur Unterhaltung der hier anwesenden Demokraten zu bilden; da dieser Verein aber durchaus nur aus denen besteht, die zugleich die Hilfe fordern, so ist wohl schwerlich Aussicht, daß ihnen eine solche zu Theil werde, da das Mangelnde sich ja nicht durch das Mangelnde erzeugen kann. Auch hätten sie ohnehin wohl keine Rechnung darauf machen dürfen. Wo keine Sympathie für die Sache ist, kann auch keine für die Träger derselben sein. Die reichen deutschen Kaufleute hier sind alle conservativ; die Handlungsbücher haben nur eine beschränkte Einnahme — und außer diesen beiden Klassen ist die Zahl der Deutschen hier gering: sie besteht aus einigen Aerzten, Predigern, Lehrern und einer größeren Zahl ansässiger Handwerker, die hier ihr Brod und Fortkommen gefunden haben und sich wenig darum kümmern, auf welche Art jetzt ihr altes Vaterland regiert wird. Die Engländer aber haben eine natürliche Antipathie gegen Jeden, der ein Bestehendes geradezu umstossen will, und würden den Kämpfern in Baden nie die geringste Theilnahme schenken; von der Seite her dürfte der demokratische Verein sich also eben so wenig einer Unterstützung zu erfreuen haben. Nun giebt es freilich die Chartisten, und unter diesen stellt sich der Deutsche immer gern eine recht rebellische Rote vor; darin ist er aber im Irrthum. Diese wollen eben auch nichts mehr, als ein allgemeines Stimmrecht, und Républik, Communismus, Socialismus möchten ihnen nicht weniger Schreckgespenster sein, als sie es ihren Antagonisten, den Conservativen, sind. Also auch von der Seite her darf man auf nichts rechnen. Eine Partei für sich bildet noch die Redakt. der eisenschlafenden „Neuen Rheinischen Ztg.,“ die wegen ihrer communistischen Tendenzen von den Badenern nicht anerkannt wird. Überhaupt — auf eine Phalanx unter diesen Flüchtlingen dürfen wir sobald nicht rechnen! Das Reich derselben scheint untereinander ziemlich meins zu sein, so daß sich kaum zwei und zwei in einem Namen zu versammeln vermöchten; woraus natürlich hervorgeht, daß sie sich erst selbst befriegen müssen, ehe sie an die Regierungen Deutschlands gehen können, was uns dieses beglückende Regiment noch in eine gar weite Ferne stellt. Aber — si plaisir que soit la comédie, le dernier acte est toujours sanglant, (so späthhaft auch das Schauspiel sein mag, der letzte Akt ist immer blutig) sagt Pascal.

Nußland und Polen.

Oesterreichischen Blättern wird geschrieben, daß bei einem kürzlich stattgehabten Brande eine interessante Fabrik abgebrannt sei, nämlich eine Knuttenfabrik, welche jährlich mehrere Millionen Stücke und Niemen zu Knuten lieferte.

Portugal.

Lissabon den 17. Januar. (Köln. Ztg.) Die Pairskammer begann ihre Sitzung vom 14. mit Besprechung der Minnoris-Adresse auf die Thronrede; bald jedoch richtete sich die Diskussion ausschließlich gegen den Minister-Präsidenten, den Grafen Thomar, der von den Grafen Taipa und Lavradio, so wie von dem Marquis Loulé aufs heftigste angegriffen wurde. Der Graf von Lavradio schloß seine Rede mit folgenden Worten: „Wir haben zu wählen zwischen der Kammer und dem Grafen Thomar, zwischen einer Person und einer Einrichtung, zwischen dem Minister und dem Lande.“ Der Graf von Taipa machte, nachdem er eine Uebersicht der verschiedenen Einkünfte des Grafen Thomar gegeben und erklärt hatte, daß dieselben zur Deckung seiner ungeheuren Ausgaben durchaus nicht hinreichend seien, folgende Bemerkung: „Diese Dinge gehen nicht in England vor und in der „Morning Post,“ sondern hier in Lissabon, in Gegenwart zahlreicher Zeugen, welche die Wichtigkeit meiner Behauptung kennen und sehen.“ Der Minister suchte sich am folgenden Tage gegen die verschiedenen Beschuldigungen zu rechtfertigen. Er begann seine Rede damit, daß er sagte, die Opposition habe ihre Pflichten niemals so sehr vergessen, wie in der gegenwärtigen Session. „Diese Opposition“, fuhr er fort, „hat ein sehr bündiges und klares Programm. Daselbe verlangt den Sturz des Minister-Präsidenten, oder eine Revolution, oder eine Vereinigung Portugals mit Spanien. Die Regierung muß also auf ihrer Hut sein und dem Nebel vorbeugen, ehe es zum Ausbruch kommt. Ich bin in dieser Kammer von den Mitgliedern der Opposition mit einer unglaublichen Plumpheit, mit einer unerhörten Verachtung alles dessen, was die gute Sache vorschreibt, behandelt worden, und doch hätte ich, wenigstens als Mitglied dieser Kammer, Anspruch darauf machen dürfen, mit ein wenig mehr Höflichkeit behandelt zu werden.“ Die Erwiderung des Grafen fiel gleichfalls ziemlich scharf aus, indem er einige seiner Gegner eben so schämme Beschuldigungen, wie die gegen ihn vorgebrachten, entgegen warf. Er las einen Journal-Artikel vor, in welchem der Graf Taipa als bezahlter Polizeispion bezeichnet wurde und nannte die Behauptung des Marquis Loulé, als habe er die Klasse der Arbeiter beleidigt, eine infame Lüge. Unter dem Vorzeichen zu großer Ermüdung schloß der Minister-Präsident seine Vertheidigungsrede für diesen Tag, erklärte jedoch, er werde wieder auf die Diskussion zurückkommen, obgleich er überzeugt sei, daß der Staat nichts dabei zu gewinnen habe.

Turkei.

Zu Betrieb der vielbesprochenen 25,000 Fr. werthen Schnupftabaksdose, welche Hr. v. Stürmer als Geschenk vom Sultan erhalten hatte und wegen deren er so vielfach verdächtigt worden ist, enthält ein im „Journal de Constantinople“ veröffentlichter Brief Reichid Pascha's an den Oesterreichischen Internuntius folgendes:

Als Sie im vorigen Frühling in der Voraussetzung, daß Sie Konstantinopel bald verlassen würden, mich fragten, ob ich glaube, daß Se. Majestät gernhyt werde, Ihre Bibliothek anzunehmen, und hinzufügten, daß, wenn sie als Grundlage der zukünftigen Universitäts-Bibliothek angenommen werden sollte, Ihnen der Gedanke zur Freude gereichen würde, daß eine Spur Ihres langen hierigen Aufenthaltes von Ihnen zurückbliebe, erwiederte ich, daß ich die Befehle Sr. Majestät hinsichtlich dieses Punktes entgegennehmen werde; kurz darauf erhielt ich den Auftrag, Ihnen zu erwidern, daß Se. Maj. Ihr Anerbieten mit Freuden annehme und daß er wünsche, Ihnen als Zeichen seiner freundlichen Erinnerung die erwähnte Schnupftabakdoze zu schenken. Die Veranlassung und die Annahme dieses Geschenks meldeten Sie, wie Sie mir zu jener Zeit mittheilten, offiziell Ihrer Regierung. Dies ist die reine und die einfache Wahrheit, der ich, bevor ich schließe, eine eben so unbefreitbare zur Seite stellen werde, nämlich den Ausdruck der Hochachtung, welche wir Alle für Sie empfinden und welche Ihnen hier aussprechen zu können ich mich glücklich schäfe.

Reschid.

Kammer-Verhandlungen.

94ste Sitzung der zweiten Kammer vom 1. Februar.

In der um 12 $\frac{1}{2}$ Uhr eröffneten Sitzung legte zunächst der Herr Minister-Präsident die bereits mitgetheilte Königl. Botschaft vor.

Ein Antrag des Abg. Viebahn auf Errichtung einer Commission zur Überwachung des Staatschuldenwesens wird für dringlich erklärt. Der Herr Finanzminister bemerkte hierauf: „Es sei bereits ein Gesetzesentwurf über die Niederlegung eines Staatschulden-Comission, welche aus Mitgliedern beider Kammern bestehen soll, ausgearbeitet, und werde in diesen Tagen vorgelegt werden.“

Auf der Tagessordnung steht ein Antrag des Abg. Hartkort und Genossen, mit welchem der Kammer ein aus zwei Paragraphen bestehender Gesetzes-Entwurf über Consolidationen, Austausch und Gränz-Regulirungen markshedender Gruben, vorgelegt wird. Nach dem Antrage der Commission geht der Entwurf an dieselbe zur Berücksichtigung bei der Berathung des Bergwerksgesetzes zurück.

Der zweite Gegenstand der Tagessordnung ist ein Antrag des Abg. Einz und Genossen auf Einführung bestimmter Besoldungen, Pensionen &c. für die Steuerempfänger der Rheinprovinz und Westphalen. Der von der Commission vorgeschlagene Übergang zur Tagessordnung wird nach einer Erklärung des Herrn Finanzministers angenommen. Schlüß 1 $\frac{1}{4}$ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

Tagessordnung: Einkommensteuer-Gesetz.

Vocales sc.

Posen, den 28. Januar. In dem Schicksal des verhafteten und allgemein bedauerten Lieutenant Rüstow ist insofern eine günstige Wendung eingetreten, als seine Untersuchung nun doch an das Garnison-Gericht gelangt ist, deßen Inquirenz wenigstens auf einem vorurtheilsfreien Standpunkt stehen soll. Auch können wir den Angehörigen und Freunden des Verhafteten aus guter Quelle die Mittheilung machen, daß Rüstow zwar noch immer von jedem Verkehr mit der Außenwelt abgeschlossen und namentlich des Schreibmaterials beraubt, daß aber seine sonstige Lage wenigstens eine extralige ist. Lektüre und Selbstversiegung sind ihm gestattet und sein körperliches und geistiges Befinden ist ein durchaus starkes und aufgerichtetes.

(Corresp. der Nat.-Zeitung.)

Kurnik, den 3. Febr. Vor einigen Tagen ist auf dem Wege von Posen hieher eine ziemlich merkwürdige Strafseindustrie geknüpft worden. Ein Kaufmann aus Ostrowo, der in Posen für 600 Rthlr. Ware eingekauft hatte, fuhr des Abends von Posen zurück; auf dem halben Wege hieher, wurde sein Wagen von einem Schlitten ereilt, es sprangen von demselben eiligst 5 Männer herunter, hielten den Wagen fest, banden sodann den Kutscher und den Kaufmann, luden dessen Ware auf den Schlitten und fuhren wiederum eiligst mit dem Raube zurück. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den teckigen Räubern auf die Spur zu kommen.

Xiqz, den 3. Febr. Die Erwiderung in No. 27 d. Zeitung, betreffend die Todes-Anzeige der erforen gefundenen Otto, widerlegt keineswegs die in No. 18. aufgestellte Behauptung, daß der Magistrats-Diregent durch den allgemein geachteten Seelsorger auf die Unterbringung oben besagter Person aufmerksam gemacht wurde, und würde der Ehrentitel eines Lügners nur den treffen, welcher die Wahrheit zu entstellen sucht. Sollte jemand daran gelegen sein, Legiere zu ergänzen, so werden nicht allein oben benannter Herr Seelsorger, welcher keiner Drabanten bedarf, sondern alle Wahrheit liebenden Einwohner der Stadt Zions und Umgegend genügende Auskunft darüber geben.

Musterung polnischer Zeitungen.

Der Dziennik polski vom 1. Februar enthält folgendes Schreiben:

Bern, den 9. Januar. — Seltens hat sich wohl ein Theil der polnischen Emigration in einer so schwierigen und traurigen Lage als wir heute befinden. Die Europäische Reaktion hat hier so viele gefügte Werkzeuge gefunden und bedrückt uns so sehr, daß es Augenblicke gegeben hat, wo wir überlegt haben, ob es uns gezieme, unsere Nationallehre länger beschimpfen zu lassen, oder ob es nicht würdiger gehandelt wäre, unter das Joch der Russen zurückzuschreiten. Beschnürtigt uns nicht der Exaltation!

Die polnische Emigration in der Schweiz besteht jetzt aus ungefähr 150 Personen, von denen die Hälfte in Neuchâtel, die andere in Bern untergebracht war. Die Regierung gibt uns Kasernen zur Wohnung und knappe Nahrungsmittel; man fühlt, daß das eine wie das andere aus Gnade und Barmherzigkeit gegeben wird. Ungefähr werden wir alle mehr als Kriegsgefangene, denn als Gäste betrachtet, und stehen einzige und allein unter der Fürsorge des Kriegsgerichts und soldatischer Willkür. Überzeugt, daß unsere Kraft nur im Zusammenhalten beruhe, haben wir uns bemüht, überall als die Repräsentanten des polnischen Charakters aufzutreten, aber dieses feste Zusammenhalten hat man uns als ein Vergehen angesehen, und die Brutalität hat versucht, uns zu trennen. In Neuchâtel haben die Emigranten einen von ihnen, welcher die Nationallehre befehlt hatte, bestrafen. Zum Unglück war es aber ein Deutscher (ein gewisser Richter aus dem Posenischen) und die Regierung des Kantons hat seinen Denunciations und Klagen mehr, als den deutlichsten Beweisen unseres edlen Verfahrens, Glauben geschenkt. Ohne uns die geringste Rechtfertigung zu gestatten und in die Angelegenheit nur einigermaßen einzugehen, hat man die Emigranten in andere Kantone vertheilt.

Eben so hat man uns in Bern einen vermeintlichen Badischen Offizier zu unserem Oberaufseher aufgedrängt. Dieser, eben so missliebig den deutschen, wie den polnischen Emigranten, ergriff nun die erste beste Gelegenheit, leitete bei den Schweizerischen Behörden eine Klage wegen Ungehorsams gegen uns ein, und in Folge deren wurden unsere Mitbrüder ohne alle Untersuchung, ohne alle Vertheidigung ins Gefängniß geworfen. Verfolgt, gescholten, geschlagen, ja sogar im Gefängniß verwundet, leisteten sie keinen Widerstand, und keine Zeitschrift wollte ihre, durch einige der redlichsten und reinsten Republikaner unterstützte Rechtfertigung annehmen.

Wir werden in diesen Tagen die Einzelheiten dieser barbarischen Verfolgung zusammenstellen, und so viel uns die Klugheit in unserer müßigen Lage und unsere beschränkten Mittel gestatten, zur Kenntnis des Publikums bringen. Ohne Kenntniß dieser Einzelheiten seid ihr nicht im Stande, das Martyrerthum der polnischen Emigration im Westen zu begreifen.

Wir machen hier schmerzhafte Studien über den Character und die Zustände in der Schweiz. Nur aus der Ferne ist die Geschichte der Schweiz so schön, wie ihre Glescher, in der Nähe betrachtet sind. Gleichgültigkeit und Egoismus ist der Beweggrund zu scheinbar sehr herbz.

schen Thaten. Bei dem Nebenaß der Verfolgungen, die wir erleiden, fragen wir uns oft selbst, ob wir nicht gegen die Gesamtheit der Bevölkerung der Schweiz ungerecht sind, aber ohne mehr von ihnen zu verlangen, als was wir für ihre Mission halten, und bei dem schüchternen Auftreten, stoßen wir dennoch überall nur auf den größten Materialismus. Die Schweizerische Regierung ist gegen uns noch wohlgeinnt, als das Volk, und wenn sie je ungerecht gegen uns verfährt, so ist nicht sowohl sie, als die allgemeine Abneigung gegen uns daran schuld. Hat sich ja sogar in Bern das Volk schon versammelt, um die Kaiser zu überfallen und die unschuldigen Flüchtlinge nieder zu machen. In diesem Verfahren gegen uns haben wir die Schweizer erkannt, die dem Könige der Bombardirer für Geld dienen, die die Freiheit Siciliens für Geld gemordet haben, die bei der Vertheidigung der Tuilleries für Geld gefallen sind. Aber auch abgesehen davon, ob das ihre Schuld ist, oder die unserer Lage, sind die Banden der Sympathie, die uns mit dem Lande unserer Verbannung verbinden, nirgends so schwach, wie in der Schweiz.

In dieser Lage können bei der Heimkehr der Schweiz kaum einige von uns bei schwerer Arbeit etwas verdienen. Die uns von der Regierung gewährte Wohnung und der gegebene Unterhalt können uns jeden Augenblick entzogen werden. Gott allein weiß, welche Zukunft unserer dann harrt. Ganz Europa ist für uns verschlossen, selbst den mit Geldmitteln Verschreiten will kein Consul die Pässe öffnen.

Inmitten der Dunkelheit, welche den ganzen politischen Horizont einhüllt, und der moralischen und physischen Martern, können wir die Richtung des von uns einzuschlagenden Weges weder ahnen, noch voraussehen.

Bis jetzt schöpfen wir aus unserer Einigkeit und Brüderlichkeit die Kraft und die Hoffnung, den Sturm, der doch einmal sich legen muß, zu überdauern. Jetzt beschäftigt uns die Frage, ob wir als ein Ganzes noch länger und so lange wie möglich hier in der Verbannung bleiben, oder ob wir uns trennen sollen.

Um desto kräftiger zu wirken, hat die polnische Emigration in der Schweiz in der Generalversammlung am 31. December ein aus 5 Mitgliedern bestehendes Comité gewählt und dasselbe hat beschlossen, nicht nur die dringendsten Bedürfnisse vorerst zu stillen, sondern sich auch mit allen Comités der Emigration in Verbindung zu setzen und die Mittel für eine unvorhergesehene plötzliche Reise und insbesondere für eine Translocirung der Emigration nach Osten, oder sonst wohin zu verschaffen.

Unser ganzes Grundcapital, das wir wirthschaftlich schonen werden, besteht aus 50 von der Frau S. geschenkten Thalern. Die von der Redaction des Oz. P. vor der Bildung des Comités überstandenen 65 Thaler sind unter Alle gleichmäßig vertheilt worden, da Alle gleich bedürftig waren.

Das Comité bittet im Namen aller hier weilenden Landsleute um Unterstützung. Einige Polen der alten Emigration, die mehr oder weniger wohlhabend sind, gehen unglücklicherweise mit uns nicht um. Schließlich überenden wir mit der Angabe, wozu ein jeder mehr oder weniger fähig ist, das Namensverzeichniß der Unsfrigen. Wenn die Preußische Amnestie, von der man seit einigen Wochen spricht, erfolgt, so könnten wohl manche von uns sich ihr Brod unter Euch verdienen und brauchten nicht im Auslande umzukommen. Das Comité der polnischen Emigration in der Schweiz.

Die beiden Offiziere, welche im Juni v. J. in Koblenz einen gewissen Gasmont verwundet hatten, so daß er Tages darauf an den erhaltenen Wunden starb, sind fürstlich der ihnen zuerkannten einjährigen Festungsstrafe im Wege der Gnade entzogen und zu ihrem im Großherzogthum Baden stehenden Bataillon entlassen worden.

Theater.

Die gestern ziemlich besuchte Vorstellung hätte wohl eine allgemeine Theilnahme verdient, da dieselbe in jeder Beziehung unterhaltsend war, die strenge Kälte auch nachgelassen, und man daher diese als Abschreckungsgrund nicht vorbringen konnte. Der „Allerwelts-Better“ ist eins unserer hübschesten neueren Lustspiele, und wurde in jeder Beziehung gut gespielt. Herr Schenk gab die Titelrolle mit viel Humor und ward im allgemeinen brav unterstützt. Namentlich verdient noch Fräulein Brandenburg wegen ihres durchdachten, anmutigen Spiels als „Luise“ lobende Erwähnung. Auch Fräulein Nasmer spielte recht brav, was wir um so lieber hervorheben, als wir bisher mit den Leistungen derselben nicht befriedigt sein konnten und wir jeden Fortschritt mit Freuden anerkennen. Die Vorstellung der Kabylen aber übertrah im eigentlichen Sinne des Wortes das Glaubliche. Eine solche Elasticität des Körpers fahnen wir noch nie. Jede einzelne Produktion war bewunderungswürdig. Selbst der Sprung mit 2 unter den Augen gehaltenen Bajonets, bei dem der Kabyle sich hoch in der Luft übertrah, die Bajonets vor den Augen behielt, hatte nichts Abschreckendes, wie derartige Kunststücke oft haben, da Jeder, bei der merkwürdigen Gewandtheit dieser Söhne der Wüste, auch nicht einen Augenblick in Angst schwiebte, daß dasselbe unglücklich aablauen könnte. Besonders bewundernswert waren der Sprung des Wirbelwindes, der immerwährende Sprung des Teufelschelches, der Schlangengriff. Allem die Krone aufsetzend aber waren die Sprünge auf dem Springstein. Man war wirklich im Zweifel, ob das gesprungen oder geflogen war. Doch was heute versäumt, kann morgen nachgeholt werden, den größten Schaden thut sich nur der selbst, der versäumt die Vorstellungen der Kabyle zu besuchen; danach aber wird uns gewiß jeder sein, der diesen Wink beachtend, die nächste Vorstellung nicht versäumt.

Hieran knüpfen wir die Nachricht, daß das zu Dienstag den 5ten angekündigte Benefiz der Karlsruher Choleute wegen des nochmaligen und letzten Auftretens der Kabyle verschoben ist. Wenn übrigens die gelinde Witterung anhält, so möchten unsere Schauspieler wohl eine Aufmunterung durch zahlreichern Besuch künftiger Vorstellungen verdienen, nachdem während der strengen Kälte das Haus so häufig hat geschlossen werden müssen. — Wir aber schließen diesen Auftrag mit der Weissagung, zu der es übrigens wenig prophetischen Geistes bedarf, daß hier jedes Theater unternehmer unrettbar zu Grunde gehen wird, wenn Magistrat und Stadtverordnete das Haus nicht heizbar machen, und überhaupt nicht mehr zur Erhaltung der anständigen, äußern Ausstattung in Betrieb der Dekorationen und Requisiten geführt. Gegenwärtig wird dem Publikum in dieser Beziehung oft wahrer Plunder für Geld gezeigt, und ist es nicht zu verwundern, daß der ästhetisch Gebildete diesen unangenehm-lächerlichen Anblick sich erspart.

Musikalisch.

In kurzer Zeit trifft hier der Pianist Xavier Frankler aus Prag ein, um einige Konzerte zu geben. Er ist ein Schüler Toma-

scher's und Mitschüler Dreischöck's und Schulhof's, und soll seines Genie's und seiner Tüchtigkeit wegen der Liebling seines Lehrers sein.
A. Vogt.

Berantw. Redakteur: G. E. H. Violet.

Erwiderung.

In dem Berichte über die Wahl der Wahlmänner Krotoschin den 24. Januar 1850 Nr. 23 der Posener Zeitung hat der Berichterstatter angezeigt: unter Anderen:

es sei als Wahlmann gewählt,
von unbekannter Farbe: Rechts-Anwalt Kubale.

Zur Belehrung des Berichterstatters diene Folgendes:

Wen ich für fähig halte, mich zu verstehen, dem nur pflege ich meine Gesinnungen mitzuteilen.

Ein vergebliches Bestreben ist es, Personen eine Auseinandersetzung in dieser Beziehung zu geben, die unfähig sind aus Wörtern und Handlungen die Gesinnung eines Mannes zu erkennen, und mit geistesbeschränkten Menschen lasse ich mich nicht ein.

Meine Freunde und Bekannte finden in mir nichts Unbestimmtes. Da anonyme Angriffe in öffentlichen Blättern, meiner Ansicht nach, seige Verläudungen sind und ich diese zu sehr verachte, so bemerke ich, daß, wenn solche aus Einfalt oder aus dem Geiste der Bosheit ferner entsprungen sollten,

dieses doch mein letztes Wort bleiben wird.

Krotoschin.

Kubale, Rechts-Anwalt.

Der lange Artikel in Nr. 29 Pos. Ztg., in welchem der Verfasser dem Verein f. R. u. V. vielleicht noch einen „Todesstoß“ zu geben meint, bedarf in der Hauptsache selbst keiner Erwiderung — er hat sie bereits im Voraus in derselben so wie in der vorhergehenden Nummer gefunden.

Wenn aber der Verfasser zum Schluss zu bedenken giebt,
„daß man ein rechtmäßiger Christ sein kann, ohne jede extreme
Richtung im Religiösen zu billigen,“

so soll zwar die Unmöglichkeit dieses Satzes nicht bestritten, wohl aber dem Verfasser dagegen zu bedenken gegeben werden, daß dies eine abstrakte, leere Redensart ist, so lange nicht gesagt wird, was derselbe unter einem „rechtmäßigen Christenthum“ versteht und was als „extreme Richtung“ seine Missbilligung auf sich gezogen habe. So lange das nicht geschieht, muß dafür angenommen werden, daß der Verfasser das wirkliche Christenthum selbst für eine „extreme Richtung“ hält, da sie auf eine bestimmte Persönlichkeit bezogen wird, welche die Rechtmäßigkeit des Christenthums in Gesinnungs- und Handlungswweise allezeit bewahrt, und in der ruhigen Besonnenheit von allen Übertreibungen sich dergestalt fern gehalten hat, daß man nur seine gänzliche Unkunde in christlichen Dingen an den Tag legt, wenn man ihm eine „extreme Richtung“ schuld giebt.

Ebenso verhält es sich mit der Bezeichnung der „äußersten Rechten“ auf dem politischen Gebiet. Auch hier kommt es auf

den eigenen Standpunkt des Bezeichnerns an. Den Unbestimmten, Unentschiedenen, den Männern der sogenannten „richtigen politischen Mitte“, die zwar gern nach Rechts sich halten möchten, aber doch auch — um den Ruf der „Freiheit“ nicht zu verlieren — mit einem Auge nach Links hinüberschauen — solchen Leuten erscheint jede Entscheidetheit und Festigkeit im Prinzip schon als ein „Extreme“, wenn es auch bei ruhiger Betrachtung nur als ein ganz gesunder politischer Sinn sich ausweist, der das Recht des Geistes, wie es in der konstitutionellen Freiheit zum Ausdruck gekommen, nicht nur in vollem Maße respektiert, sondern auch mit derselben Energie dafür allezeit in die Schranken treten wird, mit welcher er gegen die Verzerrungen dieser Freiheit zu reagieren für seine Pflicht hält. Eine andere Tendenz hat der Verein f. R. u. V. nie gehabt, und wer von denselben Grundsätzen ausgeht, mit Dem weiß er sich auch verbunden, wenn dieser auch nicht zu seinen Mitgliedern gehört.

Angekommene Fremde.

Vom 3. Februar.

Hôtel de Bavière: Kfm. Kunicki a. Guben; Dekonom Sturzel a. Lang-

Goslin; Gutsb. Sydow a. Minislawo.

Laut's Hôtel de Rome: Frau Gutsb. v. Pomorska a. Grabianowo;

Partik. Weble a. Glogau; Kfm. Gorzewitsch a. Stettin.

Bazar: Die Gutsb. Westerki a. Potrczica u. Niemojewski a. Alec.

Schwarzer Adler: Die Gutsb. Swinarski a. Golaczn und Tunow

a. Stempoczn.

Hôtel de Vienne: Die Gutsb. v. Zieromski a. Gräß; v. Sokolnicki

a. Broza; Frau Gutsb. v. Kożorozki a. Bytosław.

Hôtel à la ville de Rome: Die Gutsb. v. Jaraczewski a. Woyciechow;

v. Salimierski a. Mychy u. Brzeskowsky a. Ostrowiecno; Bürger

Matusiewski u. Wirths.-Commiss. Lipinski a. Samostrel; Gutsb.

Hôtel de Berlin: Bürgermeister Knopf a. Schmiegel; Kfm. Burk a.

Glogau; Apotheker Jenicke a. Samter; Prem. Dienst. v. Schack a.

Frankfurt a. M.; Geschäfts-Reisender Hillert a. Berlin; Kreis-

Steuer-Einnehmer Krüger a. Doborn.

Hôtel de Paris: Fabrikbet. Paulsk a. Landsberg; die Gutsb. Pon-

iewski a. Wiśniewo; Dunin a. Leblin u. v. Radomski a. Dominowo.

Im Eichenkrantz: Kanzlei-Amtssat. Brodowski a. Schroda.

Vom 4. Februar:

Hôtel de Bavière: Die Gutsb. v. Treskow a. Wierzonka u. Herbst a.

Piątkowo; Vanquier Kuczyński a. Berlin; die Kauf. Dessauer u.

Jacoby a. Hamburg; Karczki a. Stettin; Kanter u. Cohn a. Ber-

lin; die Fabrikanten Barthel u. Lechla a. Berlin.

Laut's Hôtel de Rome: Gutsb. Delhaes a. Świdzyn; Rechtsanw.

Machula a. Schroda; die Kauf. Türk u. Alberti a. Stettin; Höni-

ger a. Rybnik a. Moskau a. Berlin; Apotheker Heddemann a. Krotoschin.

Bazar: Die Gutsb. Suchorzewski a. Wiśnierz a. Sokołnicki a. Bobosz.

Goldene Gans: Kfm. u. Gutsb. Bindermann u. Kfm. Rudolf a. Berlin;

Partik. Graf Grabowski a. London; Gutsb. Placzynski a. Murzynowo.

Hôtel à la ville de Rome: Gutsb. Placzynski a. Murzynowo.

Hôtel de Berlin: Walter Meinardi a. Berlin; Kfm. Römer a. Leipzig.

Hôtel de Pologne: Stellmachermeister Drehslar, Tischlermeister Kühn u.

Schuhmachermeister Kowalinski a. Rogasen; Kfm. Gabert a. Rheywol.

Weißer Adler: Insp. de Marchia Chlebowo; Gutsb. Lehmann a. Moschutki.

Im Eichenkrantz: Kfm. Cohn a. Schwerin a. B.

Drei Lilien: Gutsb. Bronisz a. Bielawino.

Zum Schwan: Die Kauf. Tschopak a. Offenbach u. Thielich a. Neustadt a. W.

Markt-Bericht.

Posen, den 4. Februar.

Weizen 1 Rthlr. 21 Sgr. 1 Pf. bis 2 Rthlr. Roggen 26
Sgr. 8 Pf. bis 28 Sgr. 11 Pf. Gerste 22 Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr.
5 Pf. Hafer 15 Sgr. 7 Pf. bis 18 Sgr. 11 Pf. Buchweizen 22
Sgr. 3 Pf. bis 24 Sgr. 5 Pf. Getreide 26 Sgr. 8 Pf. bis 1
Rthlr. 1 Sgr. 1 Pf. Hen der Centner zu 110 Pfund 20 Sgr. bis
25 Sgr. Stroh das Schaf zu 1200 Pfund 5 Rthlr. bis 6 Rthlr.
Butter ein Fass zu 8 Pf. 1 Rthlr. 15 Sgr. bis 1 Rthlr. 20 Sgr.

Berliner Börse.

Den 2. Februar 1850.

	Zinsf.	Brief.	Geld.
Preussische freiw. Anleihe.	5	—	107
Staats-Schuldscheine.	3½	89½	88½
Seehandlungs-Prämien-Scheine.	—	104½	104½
Kur- u. Neumärkische Schuldversch.	3½	—	—
Berliner Stadt-Obligationen.	5	105½	—
Westpreussische Pfandbriefe.	3½	—	91
Grossh. Posener	4	101½	100½
Ostpreussische	3½	—	—
Pommersche	3½	96½	—
Kur- u. Neumärk.	3½	—	96
Schlesische	3½	—	95
v. Staat garant. L. B.	3½	—	95½
Preuss. Bank-Anteil-Scheine	—	13½	13½
Friedrichsd'or.	—	12½	12½
Andere Goldmünzen à 5 Rthlr.	—	—	—
Disconto	—	—	—
Eisenbahn-Aktionen (voll. eingez.)			
Berlin-Anhalter A. B.	4	—	94½
Prioritäts-	4	—	96
Berlin-Hamburger	4	80½	—
Prioritäts-	4½	—	100½
Berlin-Potsdam-Magdeb.	4	—	68
Prior. A. B.	4	—	94½
Berlin-Stettiner	5	102½	102½
Cöln-Mindener	4	—	105
Prioritäts-	3½	—	96½
Magdeburg-Halberstädter	4	—	—
Niederschles.-Märkische	3½	—	85½
Prioritäts-	4	—	95½
III. Serie	5	103½	—
Ober-Schlesische Litt. A.	3½	—	107
B.	3½	—	105
Rheinische	—	—	—
Stamm-Prioritäts-	4	79	—
Prioritäts-	4	—	—
v. Staat garantirt	3½	—	—
Thüringer	4	—	68
Stargard-Posener	3½	85½	85½

Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.

Stadt-Theater in Posen.

Dienstag den 5. Februar: Zweite und letzte große außerordentliche Vorstellung nationaler und gymnastischer Produktionen der Araber-Kabyle aus der Wüste Sahara, ausgeführt von den H. S. Said ben Ali, Ibrahim ben Said, Aslem ben Said, Habib ben Mohabit aus Marokko, auf ihrer Durchreise von St. Petersburg nach Berlin, in 2 Abtheilungen. — Darauf folgt: Nehmt ein Exemplar d'r an! Lustspiel in 1 Akt von Dr. Löpfer. — Zum Schluss: Ein bengalischer Tiger; Posse in 1 Akt von Herrmann.

Für die im Guhrauer Kreise Verunglückten sind ferner bei uns eingegangen:

Der Erlös einer im hiesigen Stadttheater durch die hiesige Schauspielergesellschaft gegebenen Vorstellung mit 9 Rthlr. 9 Pf. E. S. 1 Rthlr. Zusammen 196 Rthlr. 22 Sgr. 4 Louisd'or und 2 Rthlr.

Posen, den 4. Februar 1850.

Die Zeitungsexpedition von W. Decker & Comp.

Die am 4. d. früh 11 Uhr erfolgte glückliche Entbindung meiner lieben Frau von einem gesunden Mädchen zeige ich theilnehmenden Freunden und Verwandten, statt jeder besondern Melbung, ergebenst an. Zimmermeister C. Seidemann.

So eben ist erschienen und bei E. S. Mittler in Posen zu haben:

Verfassungs-Urkunde für den Preußischen Staat, nebst Allerhöchster Botschaft vom 31. Januar 1850. Preis 1 Sgr.

Authentische Berichte über die Verhandlungen des Prozesses.
Mit einer einleitenden

Geschichte der Untersuchung

vom Advokat-Anwalt Dorn.

Diese Schrift erscheint, wie erwähnt, unmittelbar nach Beendigung des Prozesses, in gr. 8vo., auf gutem Papier sauber gedruckt. — Da die Dauer der Verhandlungen noch nicht bestimmt werden kann, so läßt sich auch der Preis der Schrift nicht genau bestimmen, doch wird derselbe aufs Billigste gestellt werden. Der Umstand, daß diese Berichte von einem juristischen Sachverständigen gegeben werden, und daß mit denselben eine Geschichte des Prozesses aus der Feder des Herrn Advokat-Anwalt Dorn (der für viele der Angeklagten als Vertheidiger fungiren wird), verbunden ist, dürfte, wenn auch andere Ausgaben erscheinen sollten, dieser Ausgabe einen besonderen Wert und Vorzug geben.

Bestellungen werden bei E. S. Mittler in Posen angenommen.

Berlin, den 29. Januar 1850.

Friedrich Gerhard.

Der Rendant Julius Leyke aus Polnisch Krone und das Fräulein Baleska Nadall aus Waldborko, haben mittelst Chevertrages vom 14. August 1849 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen, welches hierdurch zur öffentlichen Kenntnis gebracht wird.

Bromberg, den 4. Januar 1850.

Königl. Preuß. Kreis-Gericht.

Bekanntmachung.

Es werden

- 1) die Regulirungssache von Heliodorow, Kreises Chodziesen,
- 2) die Separationsache von Znin, Kreises Schubin,
- 3) die Separationsache der Stadt Abelnau, Kreises Abelnau,
- 4) die Ablösungssache der Stadt Abelnau, Kreises Abelnau,
- 5) die Schaafhüttungs-Ablösungs-Sache von Schewskau, Kreises Fraustadt,